

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

Er scheint 2 mal täglich, auch Montag früh. — Bezugspreis: Abnehmer monatlich 1.30 M., vierteljährlich 3.90 M. Durch Träger und ausm. Vertretungen frei im Land monatlich 1.30 M., vierteljährlich 4.00 M. Durch die Post bezogen monatlich 1.40 M., vierteljährlich 4.20 M. ohne Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pf.

Amtes Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Klostergasse 11. Fernruf Nr. 2215, 2216, 2217. — Anzeigenpreis: In Wiesbaden und Umgebung 50 Pf., in anderen Orten 40 Pf., in der Provinz 30 Pf., in der Provinz 20 Pf. — Fernspreitzettel 1.30 M. — Fernspreitzettel n. Rabat laut Tarif. Sonderbeilagen 6 M. pro 1000.

Nummer 619

Donnerstag, 5. Dezember 1918.

72. Jahrgang.

Die Einigung der liberalen Parteien.

Berlin, 4. Dez.

Der Zusammenschluß der Deutschen Volkspartei und der Deutschen demokratischen Partei ist heute, wie die Nationalliberale Korrespondenz meldet, auf Grund der nachstehenden Vereinbarungen vollzogen worden:

Angesichts der nun auch terminmäßig festgelegten Wahl zur Nationalversammlung und unter dem Eindruck der weitestgehenden Vereinbarungen im Lande, welche sich für eine Einigung aller liberalen Elemente mit wachsender Stärke ausdrücken, sind auch die Parteileitungen der Deutschen demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei erneut zusammengetreten, um den Weg für eine Vereinigung beider Parteien zu finden. In der Aussprache ergab sich eine völlige Übereinstimmung darüber, daß die für eine programmatische Einigung ausgearbeiteten Richtlinien den Gedanken der Reichs- und Volkseinheit klar betonen, daß ferner in der Frage der notwendigen Sozialisierung grundsätzliche Unterschiede nicht bestehen und daß die eigene wirtschaftliche und private Industrie unter Weiterführung der sozialpolitischen Gedanken die Grundlage unseres Wirtschaftslebens bleiben müsse. Nachdem über diese Grundgedanken sich eine völlige Einigkeit erzielt hat, hat die Leitung der Deutschen Volkspartei, welche die in dem demokratischen Aufruf vom 18. 11. niedergelegten Richtlinien billigt, es für richtig gehalten, eine einheitliche Front des liberalen und demokratischen Bürgertums herzustellen und empfiehlt allen Parteien im Lande ein Zusammenwirken mit der Deutschen demokratischen Partei auf dieser Grundlage. Die Mitwirkung führender Persönlichkeiten der alten national-liberalen Partei ist dadurch gesichert, daß Herr Staatsminister Dr. A. Edberg, der Reichsstaatsabgeordnete Justizrat Dr. Bollert, Landtagsabgeordneter Dr. Blankenburg und Frau Clara Mendel-Röhrer in die provisorischen Ausschüsse der Deutschen demokratischen Partei eintreten. Nachdem Dr. Stresemann bestimmt erklärt hatte, man müsse von seiner Persönlichkeit absehen, mußte die Parteileitung zu ihrem höchsten Bedauern von ihrem einstimmigen Wunsch, ihn in diese Ausschüsse zu entsenden, Abstand nehmen. Der Generalsekretär der national-liberalen Partei, der leider wegen der Verkehrsschwierigkeiten in dieser Zeit nicht einberufen werden konnte, wird, wenn es die Umstände erlauben, zusammenberufen werden.

Eine Erklärung des Prinzen Adalbert.

Berlin, 5. Dez. (Eig. Tel.)

Prinz Adalbert von Preußen übermittelte dem „Vol. Anz.“ aus Kiel nachstehende Erklärung:

Die Rundgebung des Prinzen Heinrich an alle Familienmitglieder des Hohenzollernhauses, die mir lediglich durch die Zeitungen zur Kenntnis kommt, zwingt mich, für meine Person zu nachstehender Erklärung: Am 2. Dez. habe ich mich durch ein Telegramm an den Volksbeauftragten Ebert zur Verfügung der ichen Reichsregierung gestellt. Am Gesandten an den Kaiserhof, des Prinzen Heinrich sehe ich allein in dieser die Obrigkeit, die mit allen meinen Kräften zu unterstützen ich für meine vornehmste Pflicht halte.

Freie Friedensverhandlungen.

Von der Schweizer Grenze, 5. Dez. (Eig. Tel.)

Der Basler „Gerard“ meldet aus New-York: Auf die Drängen mehrerer Senatoren im Senat erklärte Lansing, es sei eine historische Fehleinschätzung der Friedensbedingungen gegenüber den Mittelmächten; es werde eine freie Aussprache erfolgen. Die Voraussetzung hierfür sei aber, daß eine vom deutschen Volk beabsichtigte Regierung vorhanden sei.

Verlängerung des Waffenstillstands.

London, 4. Dez.

Die interalliierte Konferenz besprach die Dauer des Waffenstillstands, der wahrscheinlich verlängert werden wird. Die allgemeine Friedenskonferenz wird in Paris wahrscheinlich Ende Januar stattfinden.

Stuttgart, 5. Dez. (Wolff-Tel.)

Auf eine Anfrage der Heeresgruppe Herzog Albrecht teilte die Oberste Heeresleitung mit, es bestehe keinerlei Bedenken, daß der Waffenstillstand von der Entente gekündigt werde.

Die Milderungsfrage.

K. Genf, 5. Dez. (Eig. Tel.)

Die Davaosagentur meldet, die endgültige Entscheidung der Allierten über eine Milderung der Waffenstillstandsbedingungen liege noch nicht vor und sei auch nicht vor dem Winterreifen Willens in Europa zu erwarten.

Anrücken der Besatzungstruppen.

Köln, 4. Dez.

Vom 5. Dezember, mittags 12 Uhr ab ist der gesamte Personen- und Güterverkehr von der linken nach der rechten Rheinseite gesperrt.

Düsseldorf, 4. Dez.

Der Kommandant der belgischen Truppen in Neuss ordnete an, daß von heute Abend 8 Uhr an jeder Verkehr zwischen den beiden Rheinufern, also auch auf den Düsseldorf-Rheinbrücken, ferner der Straßenverkehr Düsseldorf-Neuss, der Schiffsabfahrtverkehr auf dem Rhein und der Postverkehr auf dem linken Rheinufer vorläufig verboten ist.

Düren, 4. Dez.

Zwei englische Kavallerieregimenter haben Abzügen befohlen. Sie sind im Anmarsch auf Düren. Quartiermacher der Engländer trafen hier ein. Der Kreis Düren wird 10 000 Mann Besatzung erhalten.

K. Trier, 5. Dez. (Eig. Tel., indirekt.)

Auch das amerikanische Oberkommando hat die Schließung der Arbeiter- und Soldatenräte und die Festnahme ihrer Mitglieder angeordnet.

Die wunderschöne Stadt.

X Straßburg, 5. Dez. (Eig. Tel.)

Nach einer indirekten Meldung aus Straßburg hat der Straßburger Gemeinderat in seiner Sitzung am Montag mit allen gegen zwei Stimmen eine Resolution angenommen, die das Erwarten ausdrückt, daß Straßburg wieder mit Frankreich vereinigt werde.

Berlin, 4. Dez.

Der französische Kommandant von Straßburg hat etwa 100 deutsche Bürger ausgewiesen und in Acht über die deutschen Linien abgekoben. Unter den Ausgewiesenen befindet sich eine große Anzahl von angesehenen Persönlichkeiten, Kaufleuten, Anwälten, ein Oberlehrer und neun Dozenten der Universität. Die Ausgewiesenen mußten Straßburg unter Zurücklassung ihrer Habe innerhalb 24 Stunden verlassen und kamen ohne Bargeld in belgisches Gebiet an. Die Reichsleitung hat durch die Waffenstillstandskommission telegraphisch zunächst 10 000 M für eine Hilfsaktion der belgischen Regierung zur Verfügung gestellt und wird weitere Mittel bereitstellen.

Feindliche Besetzung Berlins.

Berlin, 5. Dez. (Wolff-Tel.)

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ berichtet: Wie ein amerikanischer Funkpruch vom 29. November meldet, sollen alliierte und amerikanische Truppen Berlin zeitweise besetzen, um dort Polizeidienste zu versehen.

Solfs Nachfolger.

Berlin, 5. Dez. (Eig. Tel.)

Gerüchtwiese verlautet, der „Freiheit“ zufolge, daß als Nachfolger des letzten Staatssekretärs im Auswärtigen Amt, Dr. Solf, der deutsche Gesandte in Ossa, Dr. Rosen, in Aussicht genommen sei.

356 Millionen Gold nach Paris.

Berlin, 4. Dez.

Eine Reihe Blätter hatte die Nachricht gebracht, daß entgegen dem Artikel 19 der Waffenstillstandsbedingungen monach das von Rußland und Rumänien an Deutschland gezahlte Gold zurückzuerhalten sei und zwar zu Händen der Entente, die Reichsbank auf Verlangen der gegenwärtigen Regierung 240 Millionen Mark zurückzahlen habe, aber nicht an die Entente, sondern an die bolschewistische Regierung in Moskau. Demgegenüber wird festgestellt: Die Reichsbank hat auch nicht für einen Pfennig Gold an die bolschewistische Regierung gefahren lassen. Die Reichsbank hat vollkommen in getreuer Ausführung des Artikels 19 der Waffenstillstandsbedingungen 93 500 kg. Feingold im Betrage von 356 Millionen Mark nach Frankreich geschickt. Die Sendung ist unterwegs nach Paris.

Deutsche Waffenstillstandskommission: Gräberger, Vorl.

Volksauschuh Wiesbaden.

Zu einer eindrucksvollen Rundgebung gefolgte sich die gestrige öffentliche Volksversammlung, die zum Zwecke der Betätigung des „Volksauschuhes“ der Berufs- und Erwerbstätigen Wiesbadens einberufen worden war. Der große Saal der Turngesellschaft war von Männern und Frauen bis auf den letzten Platz gefüllt.

Herr Albert Sturm führte den Vortritt und eröffnete die Versammlung mit Worten herzlichen Willkommens an die Truppen, die aus dem Felde in die Heimat zurückkehren, und deren Ruhmestaten mit goldenen Letzt in der Weltgeschichte eingeschrieben seien. Sodann führte er etwa Folgendes aus: Die Revolution hat das deutsche Bürgertum völlig kopf- und ratlos gelassen. Niemand wußte, wie er die Lage auffassen sollte, und wohn er gehörte. Aus dem Reichsausschuh war über Nacht ein Gewaltstaat geworden, in dem der Arbeiter- und Soldatenrat regierte. Aber es geht nicht an, daß deutscher Geist und deutsche Kultur auf die Seite gestellt werden, und daß die Maschinenwelle regieren. Das Bürgertum muß das gleiche Bürgerrecht verlangen und muß mitbestimmen, wer regiert. Dazu ist die internationale Einberufung der Nationalversammlung nötig. Es ist an der Zeit, daß das deutsche Bürgertum sich zusammenschließt, um sein Recht geltend zu machen. Aus dieser Erwägung heraus haben sich hier alle Körperschaften zusammengetan und den Volksauschuh gebildet, der die Interessen von etwa 88 Vereinen aller Berufsstände, von denen einzelne eine

Mitgliederzahl von über 3000 aufweisen, vertritt und bereit ist, an der Neuordnung der Dinge mitzuraten und mitzutaten. Der Redner warf sodann die Frage auf, ob die Revolution notwendig gewesen sei, und stellte fest, daß der Feind niemals so annehmend geworden sei, wenn er wüßte, daß wir noch über eine starke Armee verfügten, die zum Widerstand bereit sei. Das Durcheinander, wie es jetzt im Reich bestehe, würde nicht zum Segen des Reiches sein. (Beifälliger Beifall.) Milliarden an Nationalvermögen würden unter dem augenblicklichen Zustand verschleudert. Ganz unverantwortlich sei die Aufwerfung der Schuldfrage am Kriege. Sie sei von einem Eigner in die Öffentlichkeit gezerzt worden, und die die Feinde in ihrem Wahne bestärken müßten, daß wir wirklich die Schuldigen seien. Das sei kein Dienst gewesen im Sinne der Wahrung unserer Ehre und der Interessen zum Wohle des Vaterlandes. Der brave Mann denke an sich selbst auf. Die Ehre des Vaterlandes gehe über alles. Mit den Worten: „Aus Vaterland, an teure Schicksal dich an, das halte fest mit deinem ganzen Herzen!“ schloß Herr Sturm seine Ansprache, die freudigen und lauten Beifall erweckte.

Sodann sprach Herr Geheimrat Maurer: Die Tore sind dem Feinde offen. Beherlos sind wir seinem Uebermut preisgegeben. Vergeblich war all das Blutvergießen, vergeblich die Verdienste unserer tapferen Krieger. Es bleibt und nichts übrig, als das Schicksal zu tragen, an dem wir nicht unschuldig sind. Vier Jahre lang haben unsere Feinde den Willen geäußert, daß man Deutschland vernichten will. Man hat es bei uns nicht geglaubt. Der Friede von Brest-Litowsk wird ein Kinderpiel sein gegen das, was uns der Friede von Versailles bringen wird. Vergeblich wurde unsere Hand zum Bruderhand dem Feinde dargeboten. Sie wurde zurückgeschlagen. Wir erleben eine Demütigung tieferer und traurigerer Art, als sie je in der Weltgeschichte geschehen ist. Die diesen Frieden herbeiführt und herbeigeführt haben, dürfen sich dessen nicht rühmen. Der Streit, ob Anknüpfungsrieden, ob Verzichtrieden oder Hungerrieden zu einer Zeit, da wir uns mitten im Kampfe fanden, war der schwerste Fehler, der gemacht werden konnte. Redner erklärte, ein entschlossener Gegner des Anknüpfungsriedens gewesen zu sein. Man haben wir den Anknüpfungsrieden, nur daß wir nicht Hammer, sondern Amboss sind. Haben Sie uns das Unglück widerfahren lassen. Arbeiter und Bürger haben dieselben Interessen am Wiederaufbau des Vaterlandes. Einigkeit ist es, die uns jetzt not tut. Das Bürgertum hat sich gefügt in die Ereignisse, die über es hereingebrochen sind. Aber es ist höchste Zeit, daß der geschlossene Zustand aufhört. Wir können den Frieden nicht erreichen, wenn wir nicht die Geschlossenheit wiederherstellen. Der Volksauschuh wolle dazu mitwirken. Ordnung zu schaffen. Die Sozialdemokratie müsse sich dessen bewußt sein, daß es nicht möglich ist, die Tradition über den Haufen zu werfen und ohne weiteres auf den Trümmern etwas Neues aufzubauen. Nur auf dem Wege der Ordnung könne sich etwas Wertvolles erreichen lassen. Niemand denkt an eine Gegenrevolution. Aber die Revolution muß kommen, wenn es so weiter geht wie es jetzt geschieht, wenn so weiter gewirtschaftet wird und wenn wir nicht in geordnete Verhältnisse kommen. Der Volksauschuh, der als ein freies Parlament gebildet ist, will mitarbeiten an der Hebung der wirtschaftlichen Interessen und der Befestigung der wirtschaftlichen Not, getragen von der gemeinsamen Liebe zu unserem deutschen Vaterland und dem Vertrauen, den Wiederaufbau des Reiches herbeizuführen. Er ist zur Zusammenarbeit mit dem Arbeiter- und Soldatenrat bereit, wie er auch mit den ordentlichen Verwaltungsbehörden zusammenarbeiten will. Er will ein Hüter sein unserer nationalen Würde, wenn der Feind in unser Land kommt, und die Jugend zu Recht und Ordnung anhalten. Charakterlosigkeit soll sich nicht auf ihn übertragen. Die Geschäftsleute sollen sich nicht in fremdsprachigem Entgegenkommen den Feinden anhängen, die Mütter mühen ihre Töchter behüten vor der Verführung mit dem Feinde. (Stürmischer Beifall.) Wenn die Wahlen zur Nationalversammlung vor sich gehen, will der Volksauschuh ein Verbindungsmitglied sein, daß sachlich und nicht persönlich gekämpft wird. Das oberste Ziel sei aber, die Geschlossenheit wieder herzustellen, daß bei der Wille des gesamten deutschen Volkes. Deutschland muß bestehen, Deutschland darf nicht untergehen, Deutschlands Zukunft über alles! Den Ausführungen folgte langanhaltender anhaltender Beifall.

Arbeitersekretär Kramer sprach sodann im Namen der christlichen Gewerkschaften. Er schilderte zunächst den Eindruck der Revolution auf die Soldaten an der Front, und daß nicht alle mit dem Lauf der Dinge einverstanden gewesen seien. Jetzt aber heiße es, auf den Trümmern des geschlagenen, aber nicht bekämpften Reiches ein neues aufzubauen unter der Fahne der Zukunft: Schwarz-rot-gold. Das neue Deutschland müsse vom Brenner bis zur dänischen Grenze reichen. Wir haben noch eine Zukunft, wenn wir uns nicht selbst aufgeben wollen. Wir müssen einen Volksstaat bilden, in dem jeder Bürger, ohne Unterschied des Geschlechts, des Standes oder Besitzes, gleichberechtigt ist. Wir wollen uns nicht regieren lassen, sondern mitregieren. Ein unabhängiges Beamtentum muß bestehen bleiben. Wir wollen von ihm aber nicht abgefeiert, sondern behandelt sein. Vor allem aber wollen wir deutsch bleiben, und im Deutschland der Zukunft muß gearbeitet werden. Für Drohen ist kein Platz, auch nicht für solche, die sich durch die Revolution durchfüttern lassen wollen. Wir wollen im Mittelpunkt des Wirtschaftens stehen. In diesem Sinne spricht der Redner die treue Mitarbeit der christlichen Arbeiter im neugebildeten Volksauschuh. Seine ruhigen, sympathischen Ausführungen fanden in der Versammlung anerkennenden Beifall, besonders als er seine Liebe und Treue zum Reich betonte. Im Namen der Kaufmannschaft wandte sich der Stadtverordnete W. L. L. gegen die Sozialisierungsverträge, die dem kaufmännischen und gewerblichen Mittelstand mit dem Untergang drohen. Der Rosemüt und der

